

ZWISCHEN STADTSCHLOSS UND STAATSRATSGEBÄUDE: BERLINS ZENTRALER PLATZ IN DEN 50ER UND FRÜHEN 60ER JAHREN

Mein Thema, der heutige Schloßplatz, scheint den Rahmen der Tagung etwas zu sprengen. Am Schloßplatz steht kein Gebäude, das der sogenannten stalinistischen Architektur zuzurechnen ist, und auch der Platz selbst fällt nicht auf den ersten Blick unter die Kategorie des Städtebaus dieser Zeit. Dennoch ist der Schloßplatz auch ein Produkt jener Jahre – Ergebnis des Abrisses der Schloßruine. Nach dieser Untat war das ehemalige Schloßareal ein Brennpunkt der Ost-Berliner Debatten über Städtebau und Architektur: Hier war der zentrale Platz Ost-Berlins, ja der gesamten DDR geplant, der zentrale Platz mit zentralem Hochhaus auf der zentralen Achse.

Die Debatten über die Gestaltung dieses zentralen Platzes waren keineswegs linear und folgerichtig, wie es noch der Abriß des Berliner Stadtschlusses zu sein schien, sie waren kontrovers, auch innerhalb des DDR-Systems. Sie zeigen die große Unsicherheit, wie mit diesem Ort umgegangen werden soll, die Unsicherheit, was ein sozialistisches Stadtzentrum ist, was unter sozialistischem Städtebau und sozialistischer Architektur zu verstehen ist, sie zeigen auch, wie widersprüchlich die Spaltung Berlins im Städtebau zum Ausdruck kam.

Die Unsicherheit, wie mit diesem Ort umzugehen sei, ist allerdings kein Spezifikum der DDR-Zeit. Sie zeigt sich heute erneut – erinnert sei nur an die erbitterte Kontroverse Schloßwiederaufbau versus Erhalt des Palastes der Republik. Die Unsicherheit über die städtebauliche Orientierung des Schloßareals ist aber nicht nur ein Produkt der Nachkriegszeit, der Zeit des durch den Schloßabriß geschaffenen Vakuums. Die Unsicherheit zeigt sich bereits viel früher, in der Zeit des Absolutismus, um 1700. Erst Mitte des 18. Jahrhunderts nämlich war die städtebauliche Orientierung des Schlosses entschieden. Und diese Orientierung war natürlich keine Nebensache. Denn das Schloßareal war über Jahrhunderte ein Schlüsselort der gesamten Berliner Stadtentwicklung. Zum einen durch die herrschaftliche Nutzung, zum anderen durch die städtebauliche Orientierung, die von diesem Herrschaftsort ausging. Aus heutiger Sicht, also im Nachhinein, erscheint diese Orientierung selbstverständlich: Das Schloß wandte sich nach Westen, hin zur Prachtstraße des preußischen Absolutismus, der Straße Unter den Linden. Diese Westorientierung förderte den Aufstieg der barocken Neustädte, der Dorotheen- und Friedrichstadt, und den Abstieg der Altstadt, des Gebietes hinter dem Schloß. Der Dualismus zwischen aufstrebender barocker Stadterweiterung und zurückbleibender Altstadt prägte die städtebauliche Diskussion und Praxis hinsichtlich des Berliner Zentrums bis in unser Jahrhundert.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Stadtschloß allerdings zum Museum, es erweiterte in gewissem Sinne die

Museumsinsel nach Süden hin, die ja selbst ursprünglich ein Kind des Stadtschlusses war. Mit dem Verlust der Herrschaftsfunktion verlor das Schloß endgültig seine Steuerungsfunktion für die Berliner Stadtentwicklung, es verlor aber auch seine Unantastbarkeit. So erschien dem Propagandisten der städtebaulichen Moderne, Adolf Behne, das Schloß als Barriere der großen Achse von Westen nach Osten, als Hindernis für die weitere Entwicklung des Zentrums, als materielles wie mentales Hindernis, als »Denkhemmung«. Behnes Plädoyer aus dem Jahre 1932 mündete in die Forderung nach einem Teilabriß des Schlosses, das Areal sollte von einem Ort der Trennung von Ost und West zu einem Ort der Vermittlung werden – ohne jede weitere Herrschaftsfunktion.

Erst vor diesem Hintergrund erschließt sich das Paradoxon der Nachkriegsplanungen in der DDR-Zeit. Zum einen wurde das teilzerstörte Schloß gesprengt, zum anderen sollte im Schloßareal wieder der zentrale Sitz der Herrschaft verortet werden – mit einem dominierenden zentralen Gebäude, einem Hochhaus für Regierungsfunktionen und einem Aufmarschplatz vor diesem Gebäude. Damit wurde zwar baulich mit der Hohenzollernherrschaft radikal gebrochen, hinsichtlich der Nutzung aber wieder an eine Tradition angeknüpft, die 1918 ihr unrühmliches Ende gefunden hatte. In der städtebaulichen Orientierung wiederum wurde an die Pläne der Moderne der Weimarer Republik angeknüpft, die auf neue Verbindungen nach Osten hin zielten und dem Schloßareal eine Vermittlungsfunktion zwischen Ost und West zubilligen wollten. Ein Traum, der in der Ostachse von Albert Speer eine nationalsozialistische Fortsetzung gefunden hatte.

Mit dem Bau der Stalinallee auf der einen Seite und der kritischen Rekonstruktion des Ostteils der Allee Unter den Linden auf der anderen Seite wurde in den frühen 50er Jahren die Neuordnung des Zentrums nach den Grundsätzen des Städtebaus in Angriff genommen. Eine große Achse zwischen Brandenburger Tor und Frankfurter Tor sollte das sozialistische Zentrum prägen, eine Achse, deren Mitte durch den zentralen Platz an der Stelle des historischen Schloßareals nobilitiert werden sollte. Wie diese vermittelnde Mitte nun städtebaulich gestaltet werden sollte, war natürlich alles andere als eindeutig. Vorbilder gab es nicht, die Planungen der Weimarer und NS-Zeit beschränkten sich in diesem Bereich auf Straßendurchbrüche und Straßenerweiterungen.

Umstritten war die Erhaltung des Doms, umstritten war der Standort des den neuen Staat repräsentierenden »Zentralen Hochhauses«, umstritten war die Art der Bebauung zwischen Zentralem Hochhaus und S-Bahnhof Alexanderplatz. Gemeinsam war all diesen Vorschlägen die radikale

Neuorganisation des Geländes der historischen Altstadt in Form einer Bandstruktur, die vom neuen Zentralen Platz bis zum Alexanderplatz reichen sollte. In diesem Zentrumsband war die Anlage eines Rathausvorplatzes, der Erhalt der Marienkirche und eine Bebauung des Raums zwischen Marienkirche und S-Bahnhof Alexanderplatz vorgesehen. Interessant ist weiter, daß der dominante Blick auf das neue Herrschaftsforum der DDR weiterhin der traditionelle Blick aus Westen war, von der Straße Unter den Linden her – ein zusätzlicher Faktor der Kontinuität seit den Zeiten Friedrichs II.

Die Planungen für den zentralen Platz aus der Zeit der nationalen Bautradition blieben sämtlich Papier. Die Turbulenzen, die die Abkehr von der nationalen Bautradition zur Folge hatten, wirkten sich auch und vor allem im Schloßareal aus. Wie durch einen Orkan wurden auf dem geduldigen Papier der Architekten Häuser und Gebäude hin- und hergefegt. Hinter den städtebaulichen Unsicherheiten verbarg sich eine weitere, viel größere Unsicherheit, die Frage nach den Nutzungen an diesem zentralen Ort, letztlich die Frage: Wie soll sich der sozialistische Staat in seinen Herrschaftsfunktionen städtebaulich ausdrücken? Der Rahmen dieser Kontroverse war der am 7. Oktober 1958 ausgeschriebene »Ideenwettbewerb zur sozialistischen Umgestaltung des Zentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin«.

In baulicher Hinsicht zeigte sich die Abkehr von der nationalen Bautradition zunächst und recht schlicht in der sachlichen Neugestaltung des zentralen Hochhauses, aber auch der anderen Gebäude am Marx-Engels-Platz. Favorisiert wurde von den Herren der DDR der Entwurf von Gerhard Kosel. Im Rahmen und im Gefolge des Wettbewerbs wurden aber viel weitergehende Neuerungen vorgeschlagen, die zunächst brüsk abgelehnt wurden. So schlugen ausgerechnet sowjetische Kollegen vor, auf ein den sozialistischen Staat repräsentierendes Hochhaus zu verzichten. Der Entwurf der Leningrader Architekten Naumov und Spearsky wurde mit einem ersten Ankauf gewürdigt. Eine weitere Provokation kam »außer Konkurrenz« – von Hermann Henselmann. Er plädierte dafür, auf das zentrale Hochhaus zu verzichten und stattdessen ein technisch-wissenschaftliches Monument zu errichten, den Fernsehturm. In seinem Vorschlag von 1959 sollte der Fernsehturm an der Spree seinen Standort finden. Zwischen Fernsehturm und Alexanderplatz sollte eine moderne Bebauung entstehen, die sämtliche Spuren der historischen Altstadt negiert. Auf der Südseite des Marx-Engels-Platzes plante Henselmann dagegen ein Gebäude für den Ministerrat. An diesem Gebäude, so Henselmann damals, sollten »Teile des ehemaligen Schlosses wieder eingebaut werden, an der Vorderfront das Liebknechtportal ..., im Hof, der die entsprechenden Abmessungen erhält, die drei Schlüterportale«. Das war zugleich ein Plädoyer für die Rehabilitierung des Schlosses.

Der Wettbewerb zum Zentrum von Berlin hatte also keine neue Sicherheit gebracht, im Gegenteil: Eine hektische Arbeitsgruppentätigkeit begann, die allerdings wiederum keine schnelle Klarheit brachte. Die Turbulenzen dieser Übergangszeit zeigen sich recht deutlich in einem Aktenvermerk über eine Beratung hochrangiger Genossen und Architek-

ten am 30. Mai 1960. Den Hinweis auf diesen Vermerk verdanke ich Dorothea Tscheschner. Was hier unter der Überschrift »Genosse W. Ulbricht gab ... folgende Orientierung« vermerkt ist, zeigt nicht nur die damalige Unsicherheit, sondern auch die Art und Weise, wie mit dieser Unsicherheit im Zentrum der Macht umgegangen worden ist:

»Die aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten im Verlauf der Entwurfsarbeit, besonders bezüglich des geforderten Hochhauses als zentrales Gebäude am Marx-Engels-Platz, trägt prinzipiellen Charakter. Die Ablehnung des Hochhauses mit den verschiedensten Begründungen ... hat ihre hauptsächliche Ursache in Unklarheiten über die Rolle und Perspektive der DDR. Sie verstehen nicht, daß die DDR die Zukunft ganz Deutschlands verkörpert, daß wir uns in der Periode des Sieges des Sozialismus befinden und daß es keine Unterordnung gegenüber Westdeutschland geben kann. Allein die Tatsache, daß westdeutsche Konzerne in West-Berlin Hochhäuser errichten, zeigt, wie falsch die Auffassung ist, die repräsentativen Bauten unserer Arbeiter- und Bauern-Macht nicht in der Stadtkrone weithin sichtbar zu machen. Deshalb ist erforderlich, zur Klärung dieser Probleme den offenen Meinungsstreit zu entwickeln und zwar nicht abstrakt, sondern am bereits vorhandenen Projekt. Es gilt in den Fachzeitschriften (nicht Tagespresse), den Diskussionsabenden des BDA, unseren prinzipiellen Standpunkt zu den aufgeworfenen Problemen am Beispiel Zentrum Berlin darzulegen, ohne die Vertreter falscher Auffassungen von vornherein als Revisionisten, Klassegegner etc. abzustempeln. Wir wollen eine offene und freimütige Diskussion.«

Nach weiterem Hin und Her bezüglich der Nutzung und Gestaltung der Südseite des zentralen Platzes entstand schließlich das Projekt des Staatsratsgebäudes, dem das Schloßportal IV vorgeblendet wurde. Dieses Gebäude war zunächst nur als »vorläufiger« Sitz der nach dem Tod des Staatspräsidenten Wilhelm Pieck im September 1960 kurzfristig neu geschaffenen Institution des Staatsrates geplant, da langfristig an der Unterbringung auch des Staatsrats in dem zentralen Regierungsgebäude gedacht war. Doch bereits vor der Fertigstellung des 1962 bis 1964 nach Plänen von Korn, Bogatzky und Kollektiv errichteten Baus wurde aus dem vorläufigen Sitz des Staatsrates der endgültige Amtssitz. Dieser eher bescheidene Bau, dessen Fassadengestaltung sich dem verschwundenen Stadtschloß unterordnet, symbolisiert architektonisch und städtebaulich den Widerspruch gegen die damals noch politisch dominierende Absicht, die Mitte des Stadtzentrums mit einem zentralen Hochhaus zu krönen, dessen Funktion der Sitz von Staatsrat, Ministerrat und Parlament sein sollte. Hinsichtlich seiner Orientierung bleibt es neutral, es orientiert sich weder nach Westen noch nach Osten, und auch seine Vermittlungsfunktion zwischen Ost und West ist eher bescheiden.

Das Staatsratsgebäude ist das bedeutendste Gebäude des Übergangs, des Übergangs von der Konzeption der nationalen Bautradition zu einer neuen, modernen Konzeption des Berliner Zentrums. Das Gebäude, das dem Staatsrat folgt, das Außenministerium der DDR, steht bereits für die neue Konzeption. Auch dieser zweite Neubau am zentralen Platz hatte eine komplizierte Vorgeschichte, die wir dem-

nächst in einer Publikation der DSK von Dorothea Tscheschner nachlesen können. Der bereits im April 1961 beschlossene, aber erst 1964 bis 1967 nach Plänen von Kaiser u. a. errichtete Großbau bricht mit den Höhenverhältnissen des verschwundenen Schlosses und wendet sich eindeutig in eine Richtung, nämlich nach Osten. Damit wurde die jahrhundertelange Orientierung des Schloßareals radikal verändert.

Der Bau des Außenministeriums der DDR symbolisiert das Ende des modernen Zentrumsbandes, das vom Alexanderplatz zum Marx-Engels-Platz reicht, und stellt die Straße Unter den Linden ins Abseits. Dies wurde auch damals so gesehen, ja sogar kritisch in Frage gestellt, etwa von Bruno Flierl. Mit dem Neubau des Außenministeriums wurde die Idee einer zentralen Achse zwischen Brandenburger Tor und Frankfurter Tor der frühen 50er Jahre faktisch aufgegeben – zugunsten eines verkürzten Zentrumsbands im Zeichen der städtebaulichen Moderne. Das Gebäude bringt in seiner städtebaulichen Ordnung die durch den Mauerbau 1961 vollzogene räumliche Spaltung Berlins zum Ausdruck, während die Idee einer Achse mit zentralem Platz und zentralem Hochhaus noch von der Idee eines gesamtdeutschen Staates getragen war.

Den Schlußpunkt der Gestaltung des Marx-Engels-Platzes bildete schließlich der Bau des Palastes der Republik nach Plänen von Graffunder u. a. in den Jahren 1973 bis 1976, eines Gebäudes, das sich zum Platz hin nach Westen orientiert, zugleich aber stadträumlich den großen Freiraum zwischen Fernsehturm und Spree abschloß.

Der Marx-Engels-Platz ist also alles andere als ein Platz aus einem planerischen Guß, er ist ein Produkt wechselnder Optionen, ein Dokument der Unsicherheit, wie es das zerstörte Schloß im übrigen auch war. Der Marx-Engels-Platz war in der DDR-Zeit vor allem ein monumentaler Autoabstellplatz, ein Parkplatz, der durch drei sehr starre Großbauten gefaßt wurde, zweifellos kein städtebauliches Juwel. Mit der Vollendung des Palastes der Republik wurde zugleich der strategische Schlußstein des Zentrumsbandes gelegt.

Was bedeutet diese ganze Geschichte unter dem Gesichtspunkt des Denkmalschutzes heute? Zunächst ist festzuhalten, daß sich die Denkmalpflege nicht gerade leicht tut mit derart komplexen Zeugnissen wie dem Marx-Engels-Platz. Es sind allerdings weniger fachliche Faktoren, die die Denkmalpflege bremsen. Diese steht vielmehr unter erheblichem politischen Druck. Ich erinnere an die politisch legitimierte Absicht, das Staatsratsgebäude zugunsten eines Neubaus des Außenministeriums abzureißen, ich erinnere an die politisch motivierte Absicht, den Palast der Republik abzureißen, ich erinnere an den allseits begrüßten Abriß des ehemaligen Außenministeriums der DDR. Von all diesen Gebäuden steht nur eines unter Denkmalschutz, nämlich das Staatsratsgebäude, das bereits zu DDR-Zeiten als Baudenkmal ausgewiesen worden war. Ich erinnere an den politisch vorgeprägten städtebaulichen Ideenwettbewerb Spreeinsel, bei dem ein Entwurf mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurde, der den Totalkahlschlag des Marx-Engels-Platzes vorschlug. Ich erinnere weiter an das eindeuti-

ge Eintreten von vielen Politikern, aber selbst einer Organisation wie Europa Nostra für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses.

Ich erinnere insbesondere an ein denkwürdiges Ereignis der Nachwendezeit. Im Jahre 1992 wagte der Landeskonservator öffentlich über den Denkmalcharakter des Marx-Engels-Platzes nachzudenken. Das war wichtig und dem Amt angemessen. Es war die Pflicht der Denkmalpflege, hier als Fachbehörde Stellung zu nehmen. Das bedeutete ja noch nicht, den Platz gestalterisch festzufrieren. Die Reaktion der politischen Öffentlichkeit war allerdings beschämend: »So wenig sich die Kunst in die Politik einmischen sollte«, das waren etwa die Worte des Berliner Bundestagsabgeordneten Buwitt, »so wenig sollte sich die Politik in die Kunst einmischen. Rein politisch ist es vor allem, zeitliche Überbleibsel eines Unrechtssystems für denkmalwürdig zu erklären.«² Ausgesprochene Unkultur offenbarte schließlich die Forderung nach einer »Abwicklung« des Landeskonservators, der – so etwa der stadtentwicklungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, »mit seiner distanzlosen Beziehung zum realsozialistischen Städtebau« einer Diskussion über den Umgang mit diesem Gelände »im Wege steht«.³

Seitdem ist es um die Denkmalschutzdiskussion am Marx-Engels-Schloß-Platz etwas still geworden. Etwas zu still. Es waren vor allem Fach- und Bürgerinitiativen, die sich für den Erhalt des Staatsratsgebäudes eingesetzt haben, und die sich heute für den Erhalt des Palastes der Republik einsetzen. Doch bei allem Streit um einzelne Bauten bleiben entscheidende Schlüsselfragen der Entwicklung des historischen Zentrums von Berlin offen, Schlüsselfragen, die in der Geschichte unterschiedlich beantwortet wurden: Soll am Schloßareal neuerlich eine Herrschaftsfunktion verortet werden oder nicht? Welche städtebauliche Orientierung soll das Schloßareal in Zukunft erhalten? Soll die Ostorientierung der DDR-Zeit seit den 60er Jahren bewahrt werden, oder die bis zum Zweiten Weltkrieg vorhandene Westorientierung wiederhergestellt werden, oder soll etwa die nicht realisierte Konzeption der 20er Jahre wiederaufgenommen werden, das westliche mit dem östlichen Zentrum zu vermitteln?

Meine Option liegt auf der letzten Lösung, und zwar ohne Herrschaftsfunktion. In eine solche Lösung können und müssen die historisch bedeutsamen Gebäude des Staatsrats und des Palastes der Republik eingebunden werden. Eine Voraussetzung für diese Option wäre der Abschied von einem städtebaulichen Entwurf, dessen Konditionen nahezu vollständig obsolet geworden sind. Ich meine das Ergebnis des Wettbewerbs »Spreeinsel«. Dieses Ergebnis aus der Zeit des ideologischen Übereifers und der verschwenderischen Neubaueuphorie muß in die Archive, damit wieder nüchtern neu nachgedacht werden kann – ohne politisch verordnete Kahlschlagorientierung, mit Staatsratsgebäude, aber auch mit dem Palast der Republik, dessen Denkmaleigenschaft endlich ernsthaft geprüft werden sollte.

Anmerkungen

- 1 Henselmann 1978, S. 107.
- 2 »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 24. Februar 1992.
- 3 »Berliner Morgenpost«, 16. Februar 1992.